

# Offener Brief: Schulabschlüsse gefährdet

Die Personalräte der Integrierten Gesamtschulen melden sich zu Wort

Wir, die Personalräte der Integrierten Gesamtschulen des Kreises Groß-Gerau haben mit Bestürzung von den geplanten Sparmaßnahmen bei der Zuweisung für Binnendifferenzierung gehört. Wir versuchen gerade an unseren Schulen allen Schüler\*innen gerecht zu werden, sie individuell zu fördern und ihnen zum bestmöglichen Schulabschluss zu verhelfen. Wir sind der festen Meinung, dass dies besser gelingt, wenn Schüler\*innen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen möglichst viel gemeinsam in einer Klassengemeinschaft zusammen sind. Diese Form ermöglicht ein soziales Miteinander und stärkt so die Gemeinschaft, was gerade in diesen Zeiten dringend notwendig erscheint. Auch deshalb haben gerade die Gesamtschulen in den letzten Jahren die Inklusion von beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen getragen und unterstützt. Sie ist integraler Bestandteil unseres Denkens und Handelns trotz nicht einmal annähernd ausreichender Ressourcen. (...) Auch die Integration Geflüchteter liegt uns am Herzen. Hier schultern wir den Hauptteil der Arbeit der Sekundarstufenschulen mit guten Erfolgen. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur so Chancengerechtigkeit gelingen kann.

Für unser pädagogisches Konzept ist die individuelle Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin durch Förderangebote, zusätzliche Lernzeiten und Team-Teaching Voraussetzung. Die Senkung der Klassengröße in Klassen ohne äußere Differenzierung von 27 auf 25 Schüler:innen ist für diese Arbeit schön, aber noch nie ausreichend gewesen. Sie wird in der Praxis auch an den meisten Schulen ab Klasse 6 schon jetzt überschritten, da wir auch die vielen Schüler:innen auffangen, die von den Gymnasien querversetzt werden.

Der bisherige „Zuschlag für äußere Fachleistungsdifferenzierung“ hat uns in den vergangenen Jahren wenigstens zu einem Teil geholfen, unsere Förderkonzepte personell zu hinterlegen, auch wenn eine noch bessere personelle Ausstattung notwendig wäre. Ohne sie können wir Teile unseres pädagogischen Konzeptes schon im nächsten Schuljahr nicht mehr durchhalten. Die Streichung der Zuweisung sehen wir als das Gegenteil von Wertschätzung unserer Arbeit durch den Arbeitgeber. Sie wird volkswirtschaftlich nicht zu Einsparungen führen, denn sie gefährdet erfolgreiche Bildungsabschlüsse. Sie treffen die am stärksten, die auf Unterstützung angewiesen sind.

*Der Personalrat und die Personalversammlung der Martin-Niemöller-Schule Riedstadt*

*Die Personalräte der IGS Kelsterbach, der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau, der Bertha-von-Suttner-Schule Mörfelden-Walldorf, der IGS Mainspitze Ginsheim-Gustavsburg, der Anne-Frank-Schule Raunheim und der Alexander-von-Humboldt-Schule Rüsselsheim*

*GEW-Kreisverband Groß-Gerau*



**Not amused:** Auch die Kolleginnen und Kollegen der IGS Mainspitze sind verärgert über die hessische Schulpolitik. Sie machen es sich bewusst nicht einfach, die Schülerinnen und Schüler nach Schulnoten in die Schubladen des dreigliedrigen Schulsystems zu stecken, wie sie sich in den traditionellen ABC-Kursen vieler Integrierter Gesamtschulen wiederfinden. Dafür werden sie jetzt mit dem Entzug der gerade für die Binnendifferenzierung wichtigen Zuschläge bestraft. Und nebenbei wurden ihnen noch Container für ein zukünftiges Gymnasium Bischofsheim vor die Nase gesetzt...

## Springt der Kreis jetzt in die Bresche?

Bis zu den Kommunalwahlen am 15. März 2026 gab es im Groß-Gerauer Kreistag eine rot-grün-rote Koalition. Wenige Tage vor der Wahl setzte sie in der Auseinandersetzung um die Zuschläge für Binnendifferenzierung an Integrierten Gesamtschulen ein Zeichen. Landrat Thomas Will (SPD) gab am 12.3.2026 bekannt, dass der Kreis für ein Jahr die Ausfallkosten übernimmt, „die durch die Entscheidung des hessischen Kultusministeriums entstehen, ab dem Schuljahr 2026/2027 den IGS in Hessen den Zuschlag für die Binnendifferenzierung erheblich zu kürzen“. Weiter heißt es in der Pressemitteilung des Kreises:

„Auch wenn das Land seine ursprünglichen Pläne reduziert hat und die Kürzung nun nur für ein Schuljahr im Raum steht, bedeutet das für IGS in Kreisträgerschaft viel: So sind es an der Raunheimer Anne-Frank-Schule 45 gekürzte Stunden pro Woche, an der IGS Mainspitze und an der Johannes-Gutenberg-Schule in Gernsheim je 14, an der Martin-Buber-Schule in Groß-Gerau 21 und an der Riedstädter Martin-Niemöller-Schule gar 70 Stunden pro Woche. Das Konzept des Kreises sieht daher vor, die Gelder für das

entsprechende Personal für das Schuljahr 2026/27 bereitzustellen, damit beispielsweise die vor Ort tätigen Menschen weiter beschäftigt werden können. Dabei werden Kooperationen mit der Kreisvolkshochschule sowie der Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft AVM geprüft. Die nötigen Finanzmittel in Höhe von knapp 460.000 Euro (191.000 Euro in 2026 bzw. 268.000 Euro in 2027) sollen aus den Etats finanziert werden; die notwendigen Beschlüsse dazu sind in Vorbereitung.

Wir lassen die Schulen, anders als das Land, nicht im Regen stehen. Wir können nicht einfach zulassen, dass innerhalb eines Schuljahres Strukturen zerschlagen werden, die für die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler sehr wichtig sind. Die Binnendifferenzierung ist kein pädagogischer Luxus, sondern eine notwendige und bewährte Antwort auf aktuelle Herausforderungen: Junge Menschen werden dadurch fachlich gefordert und gefördert, in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt und in ihrer sozialen Kompetenz unterstützt. Binnendifferenzierung ermöglicht gezielte Förderung, stabilisiert Bildungsbiografien und beugt Schulabbrüchen vor. Dafür sind verlässliche personelle Ressourcen unabdingbar.“